

Jürgen Kerner
Hauptkassierer der IG Metall



1. Mai 2018: „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2018 in München

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
herzlichen Dank für die Einladung nach München!

Und herzlichen Glückwunsch, liebe Kolleginnen und Kollegen von Verdi! Ihr habt da ein gutes, ein sehr gutes Tarifergebnis für den Öffentlichen Dienst in Bund und Ländern erreicht! Da kommt jetzt richtig Asche!

Herzlichen Glückwunsch auch an die Kolleginnen und Kollegen von der NGG! Im Januar habt Ihr mit Blockhouse und Maredo einen Tarifvertrag geschlossen, mit Mc Donald's und Burger King schon im Juli letzten Jahres. Über den Daumen gepeilt habt Ihr um die zehn Prozent rausgeholt! Respekt, Kolleginnen und Kollegen!

Die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund haben in den Tarifbewegungen einmal mehr gezeigt, dass sie durchsetzungsfähig sind, und dass sie Schrittmacher in der Gesellschaft sind.

Mehr Geld und bessere Bedingungen für die arbeitenden Menschen fallen nicht vom Himmel, sie sind auch kein Geschenk der Arbeitgeber. Nein!

Wir Gewerkschaftler erstreiten bessere Bedingungen für die arbeitenden Menschen, Kolleginnen und Kollegen. Wir Gewerkschafter – und sonst niemand!

Wer hat's gemacht? Wir haben's gemacht!
Und heute feiern wir unseren Tag. Heute feiern wir den 1. Mai.

*Der Erste Mai ist unser Fest aus eigenem Recht. (...)
Wir wollen kein Recht, das wir nicht selbst erobert,
keine Freiheit, die wir nicht selber gefügt,
keine Freude, die wir nicht selber gespendet
und auch kein Fest, das wir nicht selber uns gewonnen.*

Diese Zeilen stammen von Kurt Eisner, aus seiner Mai-Rede im Jahr 1911.

Aus Kurt Eisners Rede spricht das Selbstbewusstsein der Arbeiterbewegung vor über 100 Jahren – und die Einsicht, dass uns nichts geschenkt wird.

Das hat sich bis heute nicht geändert.

Ihr wisst das aus der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, Ihr kennt das von den Tarifaueinandersetzungen. Wir Gewerkschafter greifen die Bedürfnisse der Menschen auf. Wir formulieren Ziele. Und wir setzen diese Ziele auch durch!

Unsere Macht ist unsere Solidarität. Bei aller Vielfalt unter den Beschäftigten ist das Band der Solidarität unser Machtinstrument. Durch Solidarität bringen wir Gerechtigkeit voran.

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit: So lautet unser Motto zum 1. Mai 2018.

Kolleginnen und Kollegen,

gehen wir 100 Jahre zurück ins Jahr 1918, ins letzte Jahr des Ersten Weltkrieges.

Und ins Jahr der Novemberrevolution.

Der erste Akt in München begann schon im Januar – und zwar in den Betrieben.

Am 28. Januar 1918 fanden Betriebsversammlungen der Geschützwerke Krupp und der Maffei-Werke im Schwabingerbräu an der Münchner Freiheit statt.

Ein Redner war Kurt Eisner.

Drei Tage später wurde fast jeder Großbetrieb lahmgelegt: die Kruppwerke, BMW, die Lokomotivenfabrik Maffei, die Maschinen- und Flugzeugfabrik Otto Werke.

Nach wenigen Tagen brachen die Streiks zwar zusammen, aber nicht der Wille.

Am 7. November riefen Gewerkschaften, MSPD und USPD zur Friedensdemonstration auf. Über 60.000 Münchnerinnen und Münchner kamen auf die Theresienwiese. Der Großteil des Protestzugs marschierte dann Richtung Friedensengel.

Aber am Rande sammelten sich vor allem Soldaten und Matrosen um Kurt Eisner. Sie machten sich auf den Weg zu den Kasernen im Münchner Norden. Hier schlossen sich ihnen die stationierten Soldaten an. Das war der Beginn der Münchner Räterepublik.

„Bayern ist fortan ein Freistaat!“, war am nächsten Morgen im Aufruf des Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates zu lesen, abgedruckt in den Münchener Neuesten Nachrichten.

Kolleginnen und Kollegen, wir begehen heuer 100 Jahre Freistaat Bayern. Freistaat – nicht Polizeistaat. Freistaat – nicht Überwachungsstaat.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich begrüße es, dass Sie das geplante bayerische Psychiatriegesetz auf den Prüfstand stellen. Damit nehmen Sie die – zurecht – sehr heftige Kritik an.

Wir fordern Sie auf, das geplante Polizeiaufgabengesetz ebenso auf den Prüfstand zu stellen! Stellen Sie sich der Kritik! Räumen Sie die Befürchtungen so vieler Menschen aus!

Um nicht falsch verstanden zu werden: Natürlich wollen wir alle sicher leben. Dazu gehört die Innere Sicherheit genauso wie die soziale Sicherheit.

Natürlich haben unsere Polizistinnen und Polizisten einen verdammt schweren, oft genug undankbaren, Job.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei, bitte richtet den Polizistinnen und Polizisten unseren Dank aus.

Wir wollen eine starke Polizei. Wir fordern ausreichend Personal, bessere Bezahlung, gute Ausrüstung und Weiterbildung sowie den Abbau der zwei Millionen Überstunden in Bayern. Wir wollen aber nicht, dass Polizeibeamte politisch missbraucht werden!

Kolleginnen und Kollegen,

wer die Monate seit der letzten Bundestagswahl verfolgt hat, dem kann schon die Lust vergangen sein.

Monatelange Hängepartie – vor allem das Jamaika-Trauerspiel von Schwarz-Grün-Gelb. Vier Wochen Posieren auf dem Balkon. Inhaltsleer. Ziellos.

Immerhin: Die Große Koalition haben Union und SPD dann in nur einer Woche verhandelt. Und wir finden auch Punkte der Gewerkschaften im Koalitionsvertrag. Drei greife ich heraus.

Erste Schritte zur Stabilisierung des Rentenniveaus sollen erfolgen! Das ist wichtig, auch wenn es noch lange nicht reicht: Wir fordern, das Rentenniveau dauerhaft zu stabilisieren. Mehr noch: Wir fordern die Erhöhung des Rentenniveaus!

Die Rückkehr in die paritätische Krankenversicherung kommt! Auch ein erster Schritt. Notwendig ist die medizinisch optimale Versorgung für alle. Überfällig ist die gerechte Finanzierung. Von der Arbeiterin bis zum Großaktionär, vom kleinen Selbstständigen bis zur millionenschweren Unternehmerin - alle sollen in die gesetzliche Krankenversicherung zahlen. Und zwar nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Pflegeberufe sollen attraktiver, die Tarifbindung in der Pflege soll gestärkt werden. Wieder erste Schritte, gegen die sich nichts sagen lässt.

Eigentlich ist es doch ganz einfach: Wir finden dann genug Menschen für Pflegeberufe, wenn wir den Stress, die Überlastung und die Unterbezahlung abschaffen. Wir wissen das seit Jahren, wir diskutieren das wöchentlich in Talkshows. Fangen wir doch endlich damit an!

Kolleginnen und Kollegen,

der Koalitionsvertrag ist nicht das „Kommunistische Manifest“.

Der Koalitionsvertrag ist alles andere als revolutionär.

Aber mal ehrlich: Eine Revolution hat doch auch keiner erwartet. Oder?

Formuliert sind einige Schritte in die richtige Richtung – und freilich: Viele Schritte mehr müssen folgen.

Denn: „Ein Gespenst geht um in Europa.“

Nein, es ist nicht das „Gespenst des Kommunismus“, wie Karl Marx und Friedrich Engels vor genau 170 Jahren im „Kommunistischen Manifest“ geschrieben haben.

Es ist das Gespenst der Digitalisierung, der Automatisierung und der Robotisierung, das sich mit der Globalisierung auf der Bühne des Kapitalismus verbrüdet.

Diese Prozesse laufen verschränkt, sie laufen miteinander und auch gegeneinander. Und trotz vieler, vieler Expertenbefragungen und Studien wissen wir nicht, wie unsere Arbeitswelt in Zukunft aussehen wird.

Diese Geschichte ist noch nicht geschrieben.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, lasst uns die Stifte zücken, lasst uns die Bleistifte spitzen – und lasst uns die Geschichte der künftigen Arbeitswelt mitschreiben.

Wie vor 100 Jahren wird uns nichts geschenkt werden. Wir müssen uns unsere Rechte selbst erobern, wie es Kurt Eisner in seiner Mai-Rede ausgedrückt hat. Wir können nicht auf *den* Staat oder *die* Politik warten.

Digitalisierung und Globalisierung verändern das Pflichtenheft der Gewerkschaften. Wir haben eine völlig neue Dynamik zu bewältigen.

Meine erste These lautet: Qualitative Themen im Betrieb und qualitative Tarifforderungen werden künftig an Gewicht gewinnen.

Denkt an Bildung. Sicher ist auf jeden Fall, dass den Beschäftigten neue Qualifikationen abverlangt werden, dass sich Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation verändern werden.

Die Frage der Zukunft ist die Frage der Fachkräfteentwicklung.
Dabei geht es nicht um Akademisierung.

Im Gegenteil. Es kommt auf die Fort- und Weiterbildung in den Betrieben an.
Auf die Erleichterung des innerbetrieblichen Fortkommens und auf die
Personalentwicklung für Facharbeiter.

Und es kommt darauf an, junge Kolleginnen und Kollegen gezielt zu fördern und
gleichzeitig die Bedingungen für die Älteren zu verbessern. Wir brauchen die
Bildungsteilzeit und wir brauchen alters- und altersgerechte Arbeitsplätze!

Kolleginnen und Kollegen,
wir wollen die Digitalisierung am Schopf packen, wir wollen das Heft in die Hand
nehmen! In den Betrieben und Branchen. In der Tarifpolitik. Wir müssen uns aber
dabei auf härtere Auseinandersetzungen einstellen. Auf jeden Fall in den
Tarifkonflikten, vermutlich auch in den Betrieben. Das ist meine zweite These.

Warum? Aus meiner Sicht rücken grundsätzliche Interessensgegensätze in den
Mittelpunkt.

Denkt zum Beispiel an das Thema Arbeitszeit.

Wo auf dem Marienplatz stehen die Kolleginnen und Kollegen der EVG?

Ihr seid mit dem Wahlmodell bei der DB AG der Vorreiter.

Seit dem 1. Januar können sich EVG-Mitglieder zwischen Lohnerhöhung, sechs
Tage mehr Urlaub oder eine Stunde Arbeitszeitverkürzung entscheiden.

Die IG Metall hat 2018 eine stürmische Tarifaueinandersetzung in der Metall- und
Elektroindustrie hingelegt. Gesamtmetall hat lange gemauert.

Bis die 24-stündigen Warnstreiks rollten. Bei unseren Warnstreiks, gerade bei den
24-stündigen, haben wir die Solidarität untereinander gespürt und gelebt. In
München und in der ganzen Republik.

Liebe Metallerinnen und Metaller hier in München!

Ich danke Euch herzlich!

Und ich verneige mich vor Eurem Engagement!

Wir haben die verkürzte Vollzeit durchgesetzt.

Alle Beschäftigten haben ab 2019 den tariflichen Anspruch, ihre wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden zu verkürzen. Bis zu zwei Jahre lang.

Wir haben acht zusätzliche freie Tage für Beschäftigte, die Kinder unter acht Jahren haben, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten, durchgesetzt.

Sechs Tage können über das neue tarifliche Zusatzgeld abgedeckt werden. Zwei Tage muss der Arbeitgeber drauflegen.

Kolleginnen und Kollegen,

persönlichen Bedürfnisse und private Verpflichtungen, Familienleben und Rollenbilder ändern sich genauso wie die Arbeitswelt.

Doch die Politik tritt auf der Stelle. Die Arbeitgeber wollen die Arbeitszeit weiter flexibilisieren und verlängern – die Arbeitgeber wollen uns noch mehr ausbeuten. Und trotzdem haben die Gewerkschaften das Tor zur qualitativen Gestaltung der Arbeitszeit aufgestoßen!

Das ist ein großer Schritt für die Beschäftigten. Das ist eine neue Qualitätsstufe der Tarifpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir kämpfen für die bessere Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf, für eine Entlastung bei schwerer Arbeit wie Schicht, für Arbeitszeiten, die zum Leben passen!

Und wir treffen damit einen gesellschaftlichen Nerv! Wir haben im Tarifkonflikt viel Unterstützung aus gesellschaftlichen Gruppen erfahren. Selbst die mediale Begleitmusik spielte fortissimo – laut und kräftig – für unsere Forderungen.

Wo ist die IG BCE? Macht Euch mal bemerkbar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der BCE!

In der Energiewirtschaft habt Ihr – neben mehr Geld – auch zwei Tage im Jahr extra-frei für alle, die ein Seminar bei der Gewerkschaft machen wollen, rausgeholt.

Aktuell steht Ihr in der Tarifbewegung Chemie. Ihr wollt nicht nur sechs Prozent mehr Geld und mehr Urlaubsgeld. Ihr wollt auch mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten durchsetzen und die Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitsysteme weiterentwickeln. Wir alle hier auf dem Marienplatz wünschen Euch viel Erfolg! Setzt Euch durch!

Und viel Erfolg wünschen wir auch den Kolleginnen und Kollegen der IG BAU und der dju für Ihre Tarifauseinandersetzungen! Glück auf!

Kolleginnen und Kollegen,
Politik beginnt nicht in der Bayerischen Staatskanzlei oder im Bundeskanzleramt.
Politik kann nicht am grünen Tisch geplant werden.
Politik fängt da an, wo Menschen arbeiten und leben.
Hier entstehen ihre Bedürfnisse und Interessen.

Unser Arbeitsleben ist Ausgangspunkt von vielen Bedürfnissen wie

- sicherer Arbeitsplatz und gute Entlohnung,
- gute Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitssicherheit,
- Beteiligung und Mitbestimmung,
- gute Aus- und Weiterbildung,
- Gesundheit und gute Altersvorsorge,
- bezahlbarer Wohnraum und gute Verkehrsinfrastruktur.

Und sozialer Fortschritt kam schon oft aus der betrieblichen Realität.

Zum Beispiel führte die IG Metall 1956 und 1957 einen der wichtigsten Streiks der deutschen Sozialgeschichte.

In 16 Wochen erkämpften wir in Schleswig-Holstein einen Rahmentarifvertrag, der die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall, längeren Urlaub und bessere Urlaubsvergütung zum Ergebnis hatte.

Die Politik geriet unter Zugzwang. Im Juni 1957 wurde das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verabschiedet. Arbeiterinnen und Arbeiter erhielten immerhin ab dem dritten Krankentag 90 Prozent des Nettolohnes.

13 Jahre dauerte es dann noch bis zur vollen gesetzlichen Gleichstellung.

Aus den späten 1950er Jahren zurück in die Zukunft.

Heute, am 1. Mai, müssen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter uns fragen:

- Was kommt auf uns zu?
- Und was ist unsere Verantwortung, was müssen wir tun?

Dass aus meiner Sicht die Durchsetzung qualitativer Forderungen in Betrieben und in Tarifbewegungen an Gewicht gewinnen, habe ich gesagt.

Dass wir mit betrieblichen Themen gesellschaftliche Wirkungskraft entfalten können, habe ich auch erläutert.

Mit der Digitalisierung wird aber die grundlegende Frage nach dem Stellenwert von Arbeit an sich aufgeworfen. Euch muss ich nicht erklären, dass für uns Gewerkschaften Arbeit mehr ist als sein täglich Brot zu verdienen.

Arbeit garantiert Teilhabe, Arbeit nimmt eine zentrale Integrationsfunktion für unsere Gesellschaft wahr. Das sehen wir heute deutlich bei Geflüchteten, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz haben. Arbeit ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Integration.

Joe Kaeser, der Siemens-Chef, hat folgendes zum Besten gegeben:

„Beim digitalen Wandel werden einige auf der Strecke bleiben, weil sie mit der Geschwindigkeit auf der Welt einfach nicht mehr mitkommen. (...) Da ist Grundeinkommen völlig unvermeidlich.“

Herr Kaeser verrät uns, welches Kalkül die Arbeitgeber mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verbinden. Ich formuliere es mal klar und deutlich:

Die Konzerne entlassen nach Lust und Laune – der Staat muss die Verantwortung übernehmen.

Bedingungsloses Grundeinkommen klingt ja irgendwie schick und modern. In den Gehirnwindungen der Arbeitgeber ist es aber nichts anderes als die Verheißung, die Verantwortung für die Beschäftigten loszuwerden.

Das werden wir nicht mitmachen, Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen den Wandel mitgestalten. Und – wenn es sein muss – werden wir die Arbeitgeber in die Verantwortung für sozialpartnerschaftliche Lösungen zwingen!

Kolleginnen und Kollegen,

Digitalisierung ist *ein* Treiber des Wandels. Klimawandel ein weiterer.

Der Klimawandel lässt uns gar keine andere Chance, als schnell zu handeln. Wir brauchen Alternativen. Und das trifft mit den Automobilherstellern eine unserer bayerischen Leitindustrien.

Und damit geht es um viele Arbeitsplätze, die wir sichern müssen.

Auch wenn BMW gerade mit dem iX3 ein neues Elektroauto in Peking vorgestellt hat – mit Luxuskarossen und E-Mobilität allein, lassen sich die Herausforderungen nicht meistern.

Wir Gewerkschaften müssen Sorge tragen, dass digitale und ökologische Transformation so in Einklang gebracht werden, dass nicht die Beschäftigten die Zeche zahlen.

Dazu gehören neue Mobilitätskonzepte für Menschen und Waren.

Es wird nicht die *eine* große Lösung geben, sondern regional ausgerichtete Konzepte. Und natürlich wird dabei die individuelle Mobilität weiterhin eine große Rolle spielen.

Dazu gehören bezahlbare, technisch hochwertige, umweltverträgliche Fahrzeuge und ein gut funktionierender, moderner öffentlicher Regional- und Nahverkehr.

Jeder, der hier im Großraum München zu seiner Arbeit pendelt, sieht tagtäglich, dass hier noch Luft nach oben ist.

Bei der Stadt München ist das Thema Mobilität längst auf der Agenda ganz oben. Aber allein kann sie es nicht stemmen.

Mobilität ist öffentliche Daseinsvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen.

Ich habe den Eindruck, dass wir vier Jahre nahezu verloren haben. Das Bundesverkehrsministerium hat mit Scheuklappen nur auf die Maut für Ausländer gestiert. Die Gesamtzusammenhänge scheinen mir aus dem Blick geraten.

Der neue Verkehrsminister hat viele Hausaufgaben zu erledigen. Wir werden darauf achten, dass bei neuen Mobilitätskonzepten auch unsere Industrien mit ihren Arbeitsplätzen mitgedacht werden, von der Bahn- bis zur Automobilindustrie.

Kolleginnen und Kollegen,

neben Digitalisierung und Klimawandel ist die Globalisierung ein wichtiger Treiber – und eng damit verbunden

- die Verschärfung der geopolitischen Lage,
- Krisen und Kriege,
- Terrorismus,
- Flucht und Vertreibung,
- die Fragen zu Protektionismus und Freihandel.

Das alles hat die Verunsicherung bei uns spürbar erhöht. Und trifft zusätzlich auf die lange Erfahrung der Deregulierung, der schrumpfenden sozialen Sicherung, der abnehmenden Bildungs- und Aufstiegschancen, der Entsolidarisierung.

Bis in die Mittelschichten hinein breitet sich Angst vor sozialem Abstieg aus.

Zu viele fühlen sich der Entwicklung ausgeliefert, meinen, die Kontrolle zu verlieren und suchen Antworten. Ein Teil wählt wieder einmal die einfachen, die schon immer falschen Antworten – Nationalismus und Rassismus.

Kolleginnen und Kollegen,

das darf nicht so weitergehen! Das können wir nicht zulassen!

Wir brauchen gesellschaftliche Orientierung.

Wir brauchen die Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Alternativen.

Und wir als Gewerkschaften müssen das vorantreiben.

Ja, unsere Stärke haben wir in den Betrieben.

Wir müssen diese Stärke auch nutzen, um in der Mitte der Gesellschaft zu wirken.

Wir müssen unsere PS wieder auf die Straße bringen!

Die Arbeitgeber sind auf ihre Rechenschieber fixiert. Die Politik verliert sich zu oft in Symboldebatten, in Bayern aktuell zum Wandschmuck in Amtsstuben als Ausdruck kultureller Identität – für viele Christinnen und Christen ein Missbrauch des Kreuzes. Viele Menschen holen sich in den Blasen sozialer Medien Selbstbestätigung – wie absurd ihre Weltsichten auch sind.

Da müssen wir mit unseren gewerkschaftlichen Werten und unseren über 100-jährigen Erfahrungen handeln.

Mit unseren Erfahrungen

- bei Mitbestimmung und Beteiligung, wie wir sie in den Betrieben organisieren, bei der Kompromissuche als demokratischer Selbstverständlichkeit, wie wir sie in Tarifkonflikten praktizieren, oder bei der Integration von Zugewanderten in die Arbeitswelt.

Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit:

Unsere Werte sind etwas wert, weil sie in unseren Betrieben gelebt werden.

Unsere Werte geben uns einen klaren Standpunkt, unsere Werte machen uns standhaft. Das gilt allen voran gegen Rechtspopulisten und Nazis.

Machen wir uns nichts vor, Kolleginnen und Kollegen: Es gibt keine einfachen Antworten auf die Umwälzungen, die vor uns liegen. Fakt ist: Die Rechtspopulisten haben *keine* Lösungen für die Sorgen und Nöte der Menschen.

Ich bin froh, dass es uns gemeinsam gelungen ist, die Figuren vom braunen Rand aus unseren Betriebsräten herauszuhalten. Nur in ganz wenigen Betrieben sind rechte Listen angetreten - und sie haben kaum Mandate bekommen.

Auf die Fragen von heute gibt es keine Antworten von vorgestern.
Und wir wehren uns gegen Trittbrettfahrer von rechts!

Unsere Kolleginnen und Kollegen bei Opel in Eisenach haben das eindrucksvoll unterstrichen. Sie haben den AfD-Rechtsausleger Höcke vom Hof und von ihrer Demo gejagt. Und damit war er noch gut bedient.

Ich sage dazu nur zwei Wörter: Hut ab, Kolleginnen und Kollegen!
Wir stehen solidarisch zu Euch!

Nicht auf rechts gedrehte Dünnbrettbohrer steuern mit den Beschäftigten durch Globalisierung und Digitalisierung. Sondern *wir* – die Betriebsräte und Vertrauenskörper mit ihren starken Gewerkschaften im Rücken.

Wir entwickeln kompetente Lösungen! Wir haben eine klare Haltung zu den Fragen sozialer Gerechtigkeit! Wir haben starke Werte!

Kolleginnen und Kollegen,
ich will schließen mit zwei Sätzen des vor vier Wochen verstorbenen Widerstandskämpfers und Antifaschisten, unseres Münchner Kollegen *Martin Löwenberg*, Träger der Hans-Böckler-Medaille.

„Unser Ziel, die Vernichtung des Nazismus, haben wir nicht erreicht.“

„Es ist legitim, ja legal, sich den Totengräbern der Demokratie entgegenzustellen!“